

Unter geänderten Vorzeichen

Demografie. Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln hat seine vor knapp einem Jahr erstmals veröffentlichte Bevölkerungsprognose mit den neuen Daten zur Zuwanderung aktualisiert. Das Ergebnis stellt sämtliche bisherigen Erwartungen auf den Kopf: Deutschland wächst wieder – und zwar auf mehr als 83 Millionen Einwohner bis 2035. 

Im vergangenen Jahr ging das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) wie alle Bevölkerungsexperten noch mit Fug und Recht davon aus, dass Deutschlands Einwohnerzahl künftig sinken wird (vgl. iwd 29/2015). Seitdem ist viel pas-

siert – in der Welt, im Land, aber auch in den Statistiken:

Im Jahr 2015 sind netto, also abzüglich der Auswanderer, 1,1 Millionen Menschen nach Deutschland eingewandert – so viele wie nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik.

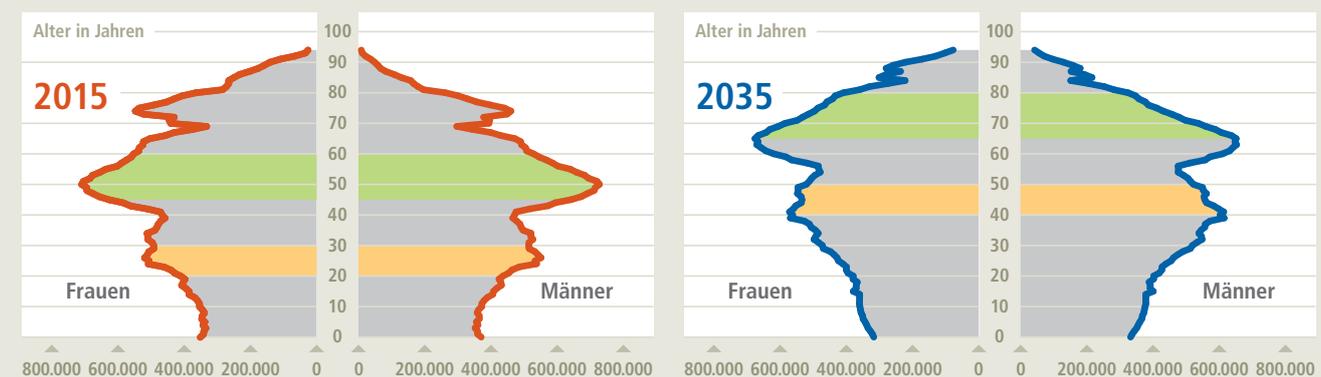
Bereits 2014 waren unterm Strich 550.000 Menschen nach Deutschland gezogen – und schon das war eine weit überdurchschnittliche Dimension der Zuwanderung.

Binnen zwei Jahren verzeichnete Deutschland somit gut 1,6 Millionen neue Bürger. Darin nicht einmal enthalten sind jene 300.000 bis 400.000 Flüchtlinge, die zwar schon 2015 nach Deutschland gekommen sind, ihre Asylanträge aber erst in diesem Jahr stellen werden. →

Bevölkerungspyramide: Der Einfluss der Zuwanderer

So viele Männer und Frauen dieses Alters leben in Deutschland

■ Größte Altersgruppe der Flüchtlinge ■ Geburtenstarke Jahrgänge von 1955 bis 1969



Stand: Mai 2016 auf Basis aktueller Zuwanderungszahlen; 2035: Prognose
Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2016 IW Medien - iwd 21

Inhalt

Der neue iwd. Die Website iwd.de bietet ab dem 1. Juni neben aktuellen Artikeln unter anderem ausführliche Themen-Dossiers sowie die Zahl der Woche.
Seite 3

Fachkräfte. Fortbildungsabsolventen sind in einigen Bundesländern rar – vor allem in der Metall- und Elektro-Industrie, in der Pflege und im Bildungsbereich.
Seite 4-5

Bürokratieabbau. Die Betriebe in Deutschland sind grundsätzlich gar nicht so unzufrieden mit den Behörden.
Seite 6

Studium. Akademiker mit guten Fremdsprachenkenntnissen und Auslandskontakten werden für Unternehmen immer wichtiger.
Seite 7

Ideenmanagement. Der Einsatz dieses Instruments spart den Firmen bares Geld und motiviert die Mitarbeiter.
Seite 8

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Präsident:
Arndt Günter Kirchoff
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen
in Deutschland

→ Insgesamt rechnet die Bundesregierung für die Jahre 2015 bis 2020 mit 3,6 Millionen Flüchtlingen. Hinzu kommen noch die üblichen Migranten in den Arbeitsmarkt und die hiesigen Bildungssysteme, beispielsweise Studierende. Selbst wenn ein Teil der Zugewanderten das Land wieder verlässt, weil Asylanträge nicht anerkannt werden oder sich die politische und wirtschaftliche Lage in den jeweiligen Heimatländern bessert – die Zuwanderung wird noch eine ganze Weile hoch bleiben und den demografischen Wandel stark beeinflussen.

Während das Statistische Bundesamt jedoch noch darauf verzichtet, die Annahmen der Szenarien für seine Bevölkerungsvorausberechnung entsprechend anzupassen, hat das IW Köln die aktuellen und erwarteten Zuwanderungszahlen in seine Prognose eingespeist. Abgese-

hen von den methodischen Unterschieden liegt die entscheidende Diskrepanz zwischen IW Köln und Statistischem Bundesamt in der Größenordnung der Zuwanderung:

Laut IW-Berechnung gewinnt Deutschland von 2014 bis 2035 insgesamt 7,9 Millionen neue Bürger aus dem Ausland dazu.

Das Statistische Bundesamt veranschlagt dagegen in jenen beiden Bevölkerungsszenarien, die politischen Entscheidungen häufig zugrunde gelegt werden, für denselben Zeitraum gerade einmal 3,8 Millionen beziehungsweise 5,8 Millionen Zuwanderer netto.

Die neuen IW-Zahlen stellen die bislang erwarteten Bevölkerungstrends auf den Kopf (Grafik):

Im Jahr 2035 wird Deutschland voraussichtlich etwa 83 Millionen Einwohner haben – rund 1,2 Millionen mehr als heute.

Die nach wie vor gültigen Vorausberechnungen des Statistischen Bundesamts unterschreiten die IW-Werte für das Jahr 2035 in Szenario eins um mehr als fünf Millionen Einwohner und in Szenario zwei um rund drei Millionen.

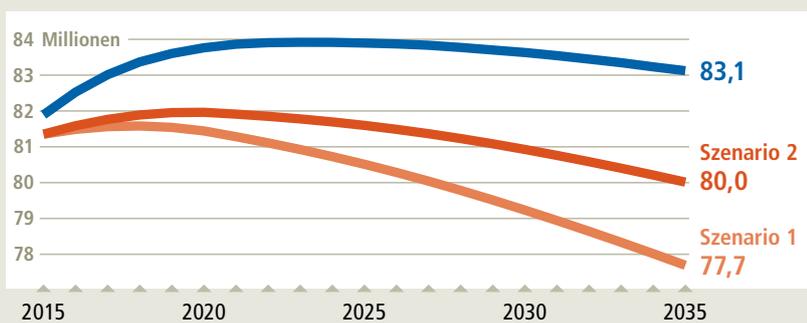
Sogar wenn man gewisse Prognose-Unsicherheiten einbezieht, wird Deutschland nach den IW-Berechnungen im Jahr 2035 mit 80-prozentiger Wahrscheinlichkeit zwischen 80,8 und 85,5 Millionen Einwohner haben. Das heißt, dass die beiden meist genutzten Bevölkerungsszenarien des Statistischen Bundesamts nach allen heutigen Erkenntnissen zur künftigen Zuwanderung eher unwahrscheinlich sind.

Doch können die Zuwanderer auch Deutschlands umlagefinanzierte soziale Sicherungssysteme auffangen, die durch die Alterung der Gesellschaft schwer in Bedrängnis geraten? Wohl eher nicht: Zwar ist das Gros der Flüchtlinge zwischen 20 und 30 Jahre alt und wird – sofern die Integration in den Arbeitsmarkt gelingt – auch Sozialversicherungsbeiträge zahlen. Da die Zuwanderung aber nicht auf dem gegenwärtigen Niveau bleiben wird, bekommt die Alterspyramide 2035 lediglich eine kleine Beule bei den 40- bis 50-Jährigen, wird in den jüngeren Jahrgängen aber wieder schmaler (Grafik Seite 1). Diese Zuwanderungsausbuchung in der Bevölkerungspyramide reicht nicht aus, um die Renten der geburtenstarken Jahrgänge von 1955 bis 1969 zu finanzieren.

IW-Bevölkerungsprognose: Deutschland wächst

Deutschlands Einwohnerzahl in Millionen

■ Institut der deutschen Wirtschaft Köln ■ Statistisches Bundesamt



So fließt die Zuwanderung ein

IW-Prognose

Für 2014 und 2015 wird die tatsächliche Nettozuwanderung von 550.000 bzw. 1,1 Millionen Menschen berücksichtigt; die Zuwanderung für 2016 und die Folgejahre wird aus Prognosen abgeleitet, die auf einem statistischen Modell basieren.

Szenario 1

Für 2014 und 2015 wird eine Nettozuwanderung von 500.000 Menschen angenommen; sie verringert sich bis 2021 schrittweise auf 100.000 Menschen pro Jahr.

Szenario 2

Für 2014 und 2015 wird eine Nettozuwanderung von 500.000 Menschen angenommen; sie verringert sich bis 2021 schrittweise auf 200.000 Menschen pro Jahr.

Zuwanderung von 2014 bis 2035 insgesamt in Millionen



Statistisches Bundesamt: 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung von 2015
 Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft Köln

IW Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2016 IW Medien - iwd 21

i aus IW-Trends 2/2016

Philipp Deschermeier: Einfluss der Zuwanderung auf die demografische Entwicklung in Deutschland

iwkoeln.de/bevoelkerungsprognose

Der neue

iw-dienst.de

iwd

Damit kann man arbeiten



Für Fakten-Offenleger, Überblick-Verschaffer und Auf-den-Punkt-Bringer

Der neue iwd präsentiert sich erstmals mit einer eigenen Website. iwd.de liefert Ihnen Daten, Fakten und Hintergründe zu aktuellen Wirtschaftsthemen direkt auf den Rechner, aufs Tablet oder Smartphone. Mit vielfältigen Funktionen zur Weiterverarbeitung. Überzeugen Sie sich selbst auf iw-dienst.de

Über den iwd

Seit gut 40 Jahren berichtet der Informationsdienst iwd über die Forschungsergebnisse des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln zu aktuellen wirtschafts-, sozial- und bildungspolitischen Themen. Anders als die fachwissenschaftlichen Publikationen des IW wendet sich der iwd an die breite Öffentlichkeit – mit journalistisch geschriebenen, allgemein verständlichen Texten, vielen Fakten und anschaulichen Infografiken. Zum 1. Juni 2016 wird das Konzept für den iwd umgestellt, um die Informationen einem noch größeren Publikum zugänglich zu machen. Auf der Website iwd.de werden täglich neue Artikel veröffentlicht, die Printausgabe erscheint alle zwei Wochen – mit 12 statt 8 Seiten.

Viel Neues auf iwd.de

Ab 1. Juni auf der iwd-Website

Aktuelle Themen aus diesen Bereichen:

- Wirtschaft und Politik
- Arbeit und Soziales
- Unternehmen und Branchen
- Bildung
- Europa und die Welt

Dossiers, zum Beispiel zu den Themen:

- Zuwanderung
- 25 Jahre Mauerfall
- Spenden

3 Fakten, die wichtig werden

Zahl der Woche

- iwd-Archiv ab 2011
- Alle Printausgaben als pdf-Datei zum Herunterladen und Ausdrucken
- Ausgefeilte Suchfunktion

Der Meister-Engpass

Fachkräfte. In einigen Bundesländern haben immer mehr Unternehmen Schwierigkeiten, Meister, Techniker und Fachwirte zu finden. Vor allem in der Metall- und Elektro-Industrie sowie in der Pflege und im Bildungsbereich sind Fortbildungsabsolventen rar.

Die Fortbildung zum Meister, Techniker oder Fachwirt ist beileibe nichts Neues, doch was vielen nicht klar ist, sind die damit verbundenen Vorzüge. Denn die Aufstiegsfortbildung für Fachkräfte mit abgeschlossener Berufsausbildung macht sich in mehrfacher Hinsicht bezahlt:

- **Guter Verdienst.** In der Regel erzielen Fortbildungsabsolventen ein

höheres Einkommen als jene, die „nur“ eine Berufsausbildung haben. 28 Prozent von ihnen haben sogar einen höheren Stundenlohn als ein Durchschnittsakademiker (vgl. iwD 19/2016).

- **Selten arbeitslos.** Meister, Techniker und Fachwirte haben mit durchschnittlich 2 Prozent das geringste Risiko, erwerbslos zu werden. Selbst

Akademiker kommen mit 2,6 Prozent auf eine höhere Quote.

- **Stark gefragt.** Auf dem Arbeitsmarkt sind Fortbildungsabsolventen in vielen Bereichen knapp: Im März 2016 gab es in 35 von 102 entsprechenden Berufen weniger Arbeitslose als offene Stellen.

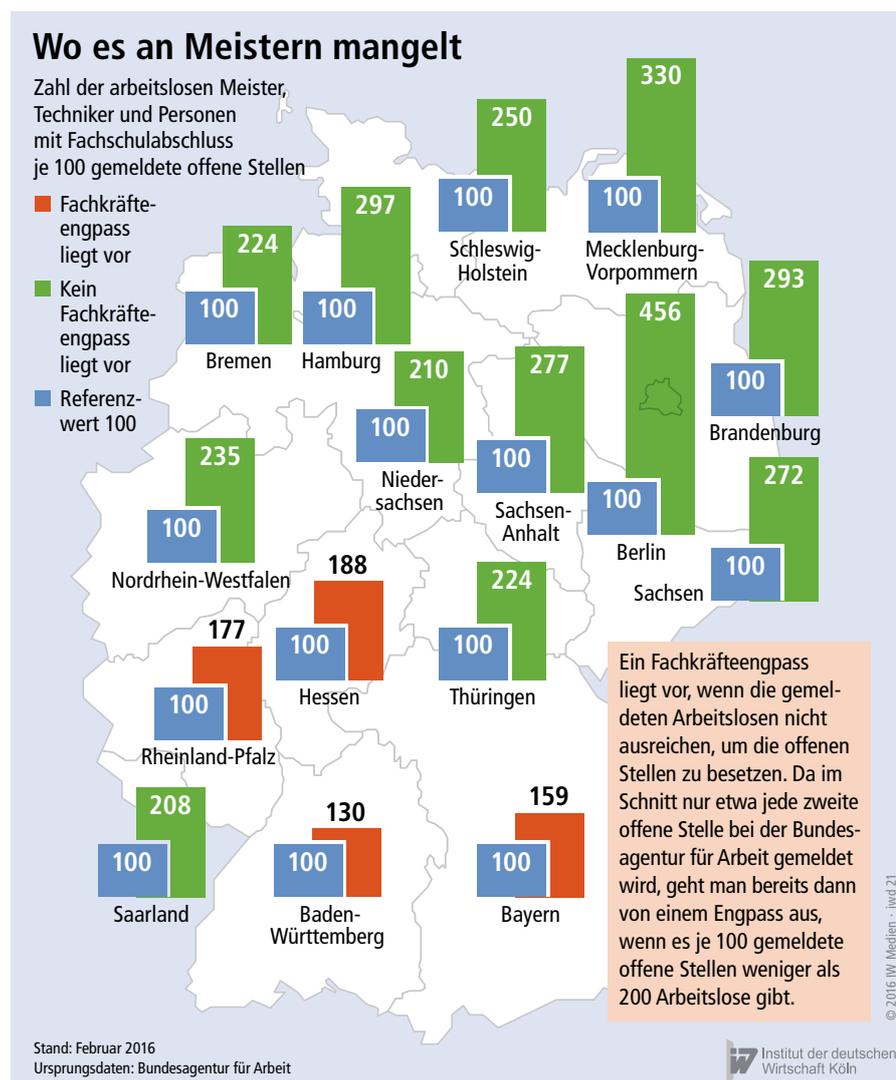
Allerdings gibt es große regionale Unterschiede. Aktuell tun sich Unternehmen in Süddeutschland am schwersten mit der Rekrutierung von Meistern, Technikern und Fachwirten (Grafik):

In Baden-Württemberg kommen auf 100 gemeldete offene Stellen für Fortbildungsabsolventen nur 130 Arbeitslose – und da in der Regel nur jede zweite offene Stelle bei der Bundesagentur gemeldet wird, klafft eine beträchtliche Fachkräftelücke.

Auch in Bayern, Rheinland-Pfalz und Hessen sind Fachkräfte mit Aufstiegsfortbildung so stark nachgefragt, dass es oft zu wenige Bewerber für entsprechende Jobofferten gibt.

Besonders eklatant sind die Engpässe in Süddeutschland im Sektor Gesundheit, Soziales und Bildung sowie in der Metall- und Elektro-Industrie: Knapp sind also beispielsweise Automatisierungs- und Elektrotechniker, aber auch Fachkrankenpfleger, Kindergartenleiter oder Meister der Hörgeräteakustik. In der M+E-Industrie kommen in einigen südlichen Bundesländern weniger als 100 Arbeitslose auf 100 gemeldete offene Stellen für Fortbildungsabsolventen.

Machtlos sind die Unternehmen angesichts dieser Fachkräftengpässe aber nicht – sie können sogar an mehreren Stellschrauben drehen, um



gefragte Spezialisten ans Unternehmen zu binden:

- **Qualifizierung der Mitarbeiter.** Unternehmen sollten Mitarbeiter unterstützen, die eine Aufstiegsfortbildung absolvieren – zum Beispiel indem sie sie von der Arbeit freistellen oder sich an den Lehrgangs- und Prüfungskosten beteiligen. Dank der verbesserten Bedingungen des Meister-Bafögs dürften sich zudem künftig mehr Gesellen und Berufserfahrene für eine Meisterausbildung entscheiden.
- **Rekrutierungswege ausweiten.** Insbesondere für kleine und mittlere

Unternehmen kann es hilfreich sein, die Suche nach neuen Mitarbeitern überregional anzugehen. Potenziellen Kandidaten sollte dann sinnvollerweise auch Unterstützung angeboten werden – etwa beim Umzug oder bei der Suche nach einer Arbeitsstelle für den Partner.

- **Digitalisierung nutzen.** Vor allem in Bereichen, in denen voraussichtlich noch längere Zeit Fachkräfte fehlen werden, sollten Unternehmen stärker in die Digitalisierung investieren: Wenn Computer und Maschinen nämlich einen größeren Teil der Tätigkeiten von Fortbildungsabsol-

venten erledigen, können gezielt solche Spezialisten entlastet werden, die auf dem Arbeitsmarkt rar sind. Auf diese Weise kann ein Unternehmen mit derselben Zahl von Fachkräften mehr Aufträge annehmen und ausführen. Besonders geeignet ist die Übernahme von Tätigkeiten durch computergesteuerte Maschinen für Fortbildungsberufe in der Automatisierungstechnik und der Elektrotechnik.

Weitere Informationen zum Thema
Fachkräftengpässe unter:
kofa.de

Dieselautos am Pranger

Stickoxidemissionen. Politiker behaupten gerne, Pkws mit Dieselmotor seien allein verantwortlich für die hohe Stickoxidbelastung der Luft in deutschen Städten. Diese Darstellung ist aber arg vereinfacht.

Die Nachricht ist erfreulich: Die Fahrzeuge auf Deutschlands Straßen stoßen immer weniger Stickoxide aus (Grafik):

Seit 1991 ist die Menge der vom Straßenverkehr jährlich verursachten Stickoxidemissionen um 70 Prozent auf weniger als 400 Kilotonnen zurückgegangen.

Bei den Diesel-Pkws war der Trend zwar gegenläufig – was auch daran liegt, dass sich ihre Zahl seit 1991 mehr als vervierfacht hat. Der Anteil aller Diesel-Pkws am gesamten Stickoxidausstoß des Straßenverkehrs beträgt aber bundesweit nur knapp ein Drittel. Etwa zwei Drittel der Emissionen entfallen nach wie vor auf Lkws und Busse.

Dennoch machen Politiker die Dieselautos dafür verantwortlich, dass die Stickoxide im Jahr 2015 dem Feinstaub den Rang als Luftschadstoff Nummer eins abgelaufen haben:

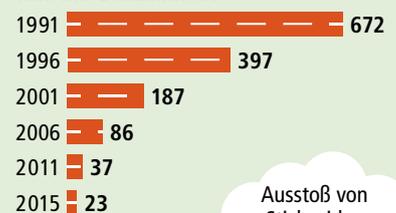
An vielen Hauptverkehrsachsen in den deutschen Städten liegt die Stickoxidkonzentration in der Umgebungsluft weit über dem Jahresgrenzwert von 40 Mikrogramm pro Kubikmeter.

An jedem Messpunkt ist jedoch die Zusammensetzung der Verursacher verschieden. Es gibt Orte, wo Busse oder Lkws die Hauptquellen sind, an anderen sind es Pkws, die die Stickoxidkonzentration über den Grenzwert steigen lassen.

Zudem gilt der gemessene Wert eben nur für genau diese Stelle – wenige Meter weiter kann die Stickoxidkonzentration schon deutlich geringer sein. Über die Luftqualität in einer ganzen Stadt sagt ein einzelner Messpunkt also verhältnismäßig wenig aus.

Straßenverkehr: Emissionen stark gesunken

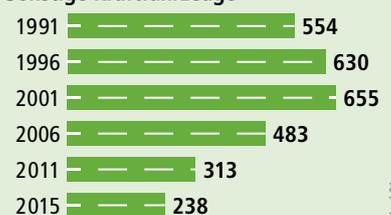
Pkws mit Benzinmotor



Pkws mit Dieselmotor



Sonstige Kraftfahrzeuge



Ausstoß von
Stickoxiden
in Deutschland
in Kilotonnen

Sonstige Kraftfahrzeuge: zum Beispiel Nutzfahrzeuge, Busse, Motorräder; Quelle: TREMOD – Transport Emission Model des Instituts für Energie- und Umweltforschung Heidelberg

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Schlanke Gesetze sind angesagt

Bürokratieabbau. Mit einfachen und verständlichen Gesetzen möchte die Bundesregierung den Papierkram auf das Nötigste reduzieren. Die Unternehmen würde das freuen, weil das ihre Kosten senkt. Grundsätzlich sind die Firmen jedoch gar nicht so unzufrieden mit den deutschen Behörden.

Die Bundesregierung hatte ihr Programm für die Begrenzung und den Abbau von Bürokratie 2006 gestartet. Anfangs sollte nur beziffert werden, welche administrativen Kosten für Unternehmen mit Bundesgesetzen verbunden sind. Inzwischen werden aber nicht mehr nur die reinen Bearbeitungskosten für Formulare und Meldungen an die Behörden erfasst, sondern der gesamte Erfüllungsaufwand.

Infolge der Mindestlohngesetzgebung beispielsweise fallen jährlich

mehr als 9 Milliarden Euro für höhere Lohnkosten an.

Des Weiteren soll der Umgang zwischen den Behörden auf der einen und den Unternehmen auf der anderen Seite generell verbessert werden. Hier allerdings sind die Fronten längst nicht so verhärtet, wie es manchmal den Anschein haben mag.

Um einen Eindruck davon zu bekommen, wie es um die Wirtschaftsfreundlichkeit der Verwaltung steht, wurden Unternehmen im Jahr 2015 nach ihrer Zufriedenheit mit staatlichen Stellen befragt – und das Ergebnis kann sich durchaus sehen lassen.

Auf einer Skala von plus zwei für hohe Zufriedenheit bis minus zwei für Unzufriedenheit geben die Unternehmen den Behörden immerhin im Schnitt einen Wert von plus eins.

Allerdings weicht die Beurteilung einzelner Bereiche recht weit vom Mittelwert ab (Grafik):

- Beim **Bau einer Betriebsstätte** machen die Firmen die schlechtesten Erfahrungen – was möglicherweise auf die Komplexität des Baurechts und die damit verbundenen komplizierten Genehmigungsverfahren zurückzuführen ist. Den Baubehörden selbst lasten die Unternehmen dies nämlich offenbar nicht an, denn deren Bewertung bleibt trotz allem im positiven Bereich.
- Behördenkontakte im Zusammenhang mit der **Aus- und Weiterbildung** verlaufen augenscheinlich sehr konstruktiv, hier gibt es von den Firmen Bestnoten.
- Auch wenn es um die Leistungen staatlicher Stellen bei der **Arbeitsicherheit und beim Gesundheitsschutz** geht, gibt es wenig zu kritisieren.

Grundsätzlich positiv beurteilt werden die Unbestechlichkeit und Diskriminierungsfreiheit der deutschen Behörden.

Auch die räumliche Erreichbarkeit schneidet überdurchschnittlich gut ab. Die Verständlichkeit von Formularen, die Öffnungs- und Wartezeiten, die Verfahrensdauer und die Hilfsbereitschaft der Behördenmitarbeiter fallen dagegen zurück, bleiben aber im positiven Bereich.

Beim Thema E-Government sind die Beurteilungen eher schmeichelhaft: Die Möglichkeit zu Onlinemeldungen und -kontakten mit Behörden wird zwar zum Teil als unzureichend bemängelt – allerdings ist den Unternehmen das ganze Thema wohl noch eher schnuppe, sie stufen es nicht als besonders wichtig ein.

Unternehmen: Am meisten Frust beim Bauamt

Zufriedenheit der Unternehmen mit den behördlichen Dienstleistungen in bestimmten Situationen auf einer Skala von -2 (eher unzufrieden) bis +2 (sehr zufrieden)

Durchschnitt 0,94



Befragung von 1.572 Unternehmen im ersten Halbjahr 2015
Quelle: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2016 IW Medien - iwD 21

Auslandssemester lohnen sich

Studium. Wer schon während des Studiums im Ausland war, kann bereits bei der Einstellung punkten und hat es im Berufsleben leichter. Denn ohne Kontakte zu ausländischen Geschäftspartnern kommen immer weniger Firmen aus.

Bis zum Jahr 2020 soll nach dem Willen von Bund und Ländern jeder zweite Hochschulabsolvent Erfahrungen im Ausland gesammelt haben. Noch aber studiert erst gut ein Drittel der jungen Leute ein paar Monate jenseits der deutschen Grenze. Diese Zurückhaltung kommt nicht von ungefähr: Laut einer vom Bundesbildungsministerium in Auftrag gegebenen Umfrage glaubt nur jeder zweite Student, dass ein Auslandsstudium beruflich und persönlich von Nutzen ist.

Das dürfte zu kurz gedacht sein, wie eine Befragung von 1.008 Personalverantwortlichen durch das Institut der deutschen Wirtschaft Köln und den Deutschen Akademischen Austauschdienst zeigt.

Demnach werden in fast der Hälfte der Unternehmen, die aktuell oder künftig Akademiker beschäftigen, häufig Fremdsprachenkenntnisse benötigt. Das gilt selbst für kleine Betriebe mit weniger als 50 Mitarbeitern (Grafik). Auch Auslandskontakte sind bei Groß und Klein oft an der Tagesordnung, ebenso Dienstreisen ins Ausland.

Mit ausländischen Kollegen im Team zu arbeiten, gehört in drei von zehn Unternehmen zum Alltag – wobei dies in Kleinunternehmen allerdings seltener der Fall ist als in Großbetrieben.

Polyglott unterwegs

In so viel Prozent der deutschen Unternehmen, die Akademiker beschäftigen oder dies tun wollen, gibt es diese auslandsbezogenen Tätigkeiten

	mit 1 bis 49 Mitarbeitern	mit 50 bis 249 Mitarbeitern	ab 250 Mitarbeitern	Unternehmen insgesamt
Häufiger Einsatz von Fremdsprachen	48	55	51	48
Auslandskontakte im Rahmen der täglichen Arbeit, z. B. im Einkauf, Marketing, Vertrieb oder in der Beratung	46	59	55	46
Dienstreisen ins Ausland	41	59	57	42
Zusammenarbeit in internationalen Teams	29	34	40	29
Auslandsentsendung – Reisen, die zeitlich über eine klassische Dienstreise hinausgehen	6	15	31	6

Befragung von 1.008 Personalverantwortlichen im Juli/August 2015
Quellen: Deutscher Akademischer Austauschdienst, Institut der deutschen Wirtschaft Köln

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2016 IW Medien - iwd 21

All diese auslandsbezogenen Tätigkeiten seien für den Erfolg der Firma wichtig – sagen zwei Drittel der Unternehmen, die international aufgestellt sind. Aber auch die anderen Betriebe können sich durchaus vorstellen, dass sie in Zukunft vor allem dann erfolgreich sind, wenn sie über polyglotte Mitarbeiter verfügen. Zumal fast jeder zweite Personalchef damit rechnet, dass für seine Firma die Beziehungen zum Ausland wichtiger werden.

Besonders gute Karten, solche Tätigkeiten zu übernehmen, haben nach Ansicht der Betriebe Akademiker, die schon während ihres Studiums im Ausland waren.

Etwa sieben von zehn Unternehmen, in denen es Tätigkeiten mit Auslandsbezug gibt, gehen davon aus, dass auslandserfahrene Hochschulabsolventen mit Fremdsprachen besser zurechtkommen als solche ohne Auslandserfahrung.

Darüber hinaus sagen fast zwei Drittel der Unternehmen über weit-

gereiste Mitarbeiter, diese seien besser darauf vorbereitet, in internationalen Teams zu arbeiten, als Kandidaten ohne Auslandserfahrung.

Auch was die allgemeine berufliche Leistungsfähigkeit betrifft, ist Auslandserfahrung offenkundig ein Pluspunkt: Fast sechs von zehn Unternehmen, die diesen Vergleich anstellen konnten, geben an, dass auslandserfahrene Akademiker ihre beruflichen Aufgaben im Allgemeinen besser bewältigen als Absolventen ohne Auslandserfahrung.

Mobilität im Studium zahlt sich zudem schon bei der Einstellung aus: Sechs von zehn Firmen mit internationalen Aktivitäten geben Bewerbern mit Auslandserfahrung den Vorzug – vorausgesetzt, die sonstigen Qualifikationen sind gleich.

Vgl. Deutscher Akademischer Austauschdienst, Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.): Hochschulabsolventen mit Auslandserfahrungen auf dem deutschen Arbeitsmarkt, Bonn 2016, unter: iwkoeln.de/auslandserfahrungen

Doppelter Nutzen

Ideenmanagement. Unternehmen, die Verbesserungsvorschläge ihrer Beschäftigten umsetzen, schlagen zwei Fliegen mit einer Klappe: Sie sparen durch die Ideen bares Geld und die Prämien geben den beteiligten Mitarbeitern einen Motivationsschub.

In den 136 Unternehmen und öffentlichen Körperschaften, die sich 2015 an der Ideenmanagement-Studie des Deutschen Instituts für Betriebswirtschaft (DIB) beteiligt haben, wurden 1,06 Millionen Verbesserungsvorschläge eingereicht. Je 100 Mitarbeiter kamen im Branchenmittel 149 Ideen zusammen. In Konzernen ab 5.000 Beschäftigten lag die Vorschlagsquote im Schnitt allerdings nur bei 50, in Betrieben mit maximal 1.000 Mitarbeitern dagegen bei 301. Noch stärker ist das Branchengefälle (Grafik):

Die aluminium- und metallverarbeitende Industrie verzeichnete 2015 je 100 Mitarbeiter 375 Verbesse-

Adressaufkleber

Ideenmanagement: Starkes Branchengefälle

- Eingereichte Verbesserungsvorschläge je 100 Mitarbeiter im Jahr 2015
- So viel Prozent der Vorschläge wurden umgesetzt

Aluminium- und metallverarbeitende Industrie	375	57
Maschinen- und Anlagenbau	243	67
Elektroindustrie	232	53
Eisen- und Metallindustrie	229	62
Automobilzulieferer	188	63
Automobilindustrie	134	59
Sonstige Branchen	128	40
Dienstleistung, Handel, Bildung	109	39
Chemische Industrie	85	52
Verkehr, Logistik, Luft- und Raumfahrt	30	33
Energie- und Energieversorger	19	50
Banken, Versicherer, Finanzdienstleister	13	10
Insgesamt	149	49

Quelle: Deutsches Institut für Betriebswirtschaft

iw Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2016 IW Medien - iwv 21

ungsvorschläge – der Banken- und Versicherungssektor nur 13.

Ähnlich sieht es bei der Beteiligungsquote aus, also dem Anteil der Mitarbeiter, die sich am Ideenmanagement beteiligen: Er betrug 2015 bei den Automobilzulieferfirmen 53 Prozent, bei Banken und Versicherungen aber nur 8 Prozent.

Die schönsten Ideen nützen wenig, wenn sie nicht praktikabel sind oder der Wille zur Umsetzung fehlt. Doch immerhin jeder zweite Verbesserungsvorschlag ist realisiert worden – wiederum mit großen Unterschieden zwischen den Branchen:

Die Unternehmen des Maschinen- und Anlagenbaus haben 67 Prozent aller Verbesserungsvorschläge umge-

setzt – Schlusslicht war auch hier der Bankensektor mit 10 Prozent.

Über alle Unternehmen hinweg dauerte es im Mittel 113 Tage, bis eine Idee umgesetzt wurde. Der Aufwand lohnt sich, denn insgesamt brachten die Vorschläge, die von den in der DIB-Studie erfassten Unternehmen realisiert wurden, einen Nutzen von gut 812 Millionen Euro.

Die durchschnittliche Mitarbeiterprämie je Vorschlag wirkt da mit 98 Euro bescheiden. Doch im Einzelfall lohnen sich pfiffige Ideen weit mehr: Die höchste Einzelprämie gab es im Jahr 2015 in der Chemischen Industrie – satte 212.000 Euro.

Dieser Ausgabe liegt unsere Veröffentlichung „Wirtschaft und Unterricht“ bei.

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Ulrich von Lampe
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer
(verantwortlich)

Redaktion: Andreas Wodok (Textchef),
Berit Schmiedendorf, Sara Schwedemann,
Alexander Weber

Redaktionsassistentz: Ines Pelzer

Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen

Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iwv@iwkoeln.de

Bezugspreis: € 9,01/Monat, zzgl. € 3,08
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer,
Erscheinungsweise wöchentlich

Abo-Service: Therese Hartmann,
Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH,
Meckenheim

Dem iwv wird einmal monatlich
(außer Juli und Dezember)
„Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektro-
nische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter:
pressemonitor.de

iw.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.